

**Military
AM Special
inside!**

Im Überblick: 3D-Druck bei den Streitkräften Europas



2

Die Macht
der Mittelmacht

8

Vorstellung:
Das „U-Boot“
im Bendlerblock

10

Warfighter 26:
Division trainiert
Führung im
Ernstfall

12

Kanzler
und Minister
besuchen Übung
Cold Response

14

Mörser der
nächsten Genera-
tion beim „Nordic
Mortar Day“

15

AM applications in
European Forces

Die Macht der Mittelmacht

Von Manfred Opel

Staatlich verordnete Korruption

Man bekommt dieser Tage erneut und mit aller Deutlichkeit eine umfassende Wahrheit vor Augen geführt: Ein Krieg interessiert die Mächtigen nur dann wirklich, wenn er deren privaten Reichtum angreift. Diese Wahrheit gilt weltweit und in jedem politischen System.

Die zugelassenen Medien, die ja in der Regel den Reichen und Mächtigen gehören oder die zumindest von ihnen bestimmt werden, auch wenn sie sich „öffentlich-rechtlich“ oder „staatlich“ nennen, singen normalerweise dann auch das Lied der politisch Einflussreichsten. Und genau darum dreht es sich seit jeher beim grundsätzlichen Kampf in der Politik.

Zwar werden in solchen Fällen immer und sofort die öffentlichen Finanzen, also die Gelder der Allgemeinheit als DAS Motiv genannt, weshalb man etwas politisch unternehmen oder auch unterlassen müsse, obwohl es im Grunde nur darum geht, die Vermögen bestimmter Gruppen zu schützen und/oder zu mehren.

So ist es auch im Fall Donald Trump. Buchstäblich sämtliche seiner eigenen politischen Aktionen sind ausschließlich kapitalgetrieben und zugleich egozentrisch orientiert. Ob es nun Kanada, Venezuela, Grönland, Gaza oder die Ukraine, der Iran, Russland oder die NATO sind. Immer geht es Trump ums Geld; vornehmlich aber um das Geld der anderen, womit er jedoch in der Regel vor allem seine Familiengeschäfte für sich ertragreich beeinflussen will.

Genau deshalb umgibt er sich sogar im Weißen Haus mit zahlreichen eigenen Deal-Makern und Familienmitgliedern, die seine Geschäfte für ihn persönlich zu erledigen haben – nebenher, sozusagen. Deren Gehälter zahlt jedoch weiterhin der Staat. Trumps alter Familien-Buddy und heutige US-Chef-Unterhändler, der 69-jährige Steve Witkoff zum Beispiel, streunt derzeit sogar bei offiziellen Anlässen und im Oval Office neben dem Präsidenten in aufgepoppten Sneakers herum.

Für diese klar egomanische Einflussnahme hat Trump seine mit Milliarden US-Dollars ausgestattete politische Organisation BoP (Board of Peace) geschaffen. Die monetären Gaben seiner dort etablierten Freunde, die im Grunde nichts anderes sind als entwendete Staatsgelder, benutzt er, um sich ganz persönlich noch mehr Geld und politischen Einfluss außerhalb der USA und neben den Vereinten Nationen zu verschaffen. Die Interessen anderer, wie zum Beispiel die der Ukraine, interessieren ihn dabei nicht die Bohne. Denn die haben zurzeit kaum Geld zur freien Verfügung, das er abgreifen könnte.

Dieses Programm soll, folgt man seinem „Polit-Design“, auch für die Zeit nach seiner derzeitigen US-Präsidentschaft gelten. Immerhin haben ihm seine Polit-Antreiber von der erzkonservativen Heritage Foundation zwischenzeitlich eingeblasen, dass es bereits einen Präsidenten gab, der mehr als zwei Amtszeiten lang im Weißen Haus saß. Es war der Demokrat Franklin D. Roosevelt, der viermal (1932, 1936, 1940, 1944) zum US-Präsidenten gewählt wurde und der von 1933 bis zu seinem Tod 1945 amtierte. Was für Demokraten gilt, das muss auch für Republikaner gelten; so fordern es Trump und seine MAGA-Bewegung.

Gegen eine Änderung der geltenden demokratischen Regeln, die z.B. nur eine einmalige Wiederwahl eines regierungsverantwortlichen Präsidenten oder Staatsoberhauptes zulassen, steht zwar noch immer das Politikverständnis der gesamten demokratischen USA. Doch Trump glaubt eine solche Situation dennoch überwinden zu können, wenn er erst einmal durchschlagende Erfolge vorweisen kann, die „sein Volk“ anschließend auf den Straßen Amerikas feiert. So einen erfolgreichen Präsidenten würde man natürlich auch in Zukunft weiterhin haben wollen. Daher sind alle seine politischen Aktionen allein auf ihn persönlich ausgerichtet – was sich auch in Zukunft wohl kaum ändern wird.



Doch die Sache hat einen gewaltigen Haken: Wenn Trump damit keinen Erfolg hat, dann ist das viele schöne „Geld der Anderen“ unwiederbringlich weg. Genau vor dieser Entscheidung steht Europa heute. Und das ist keine einfache Situation. In Moskau kommt man dieser Tage und Nächste daher aus dem Feiern gar nicht mehr heraus.

Nun hat nicht etwa irgendein sozialistisch angehauchter Polit-Aktivist diese Fakten analysiert. Es war niemand weniger, als der konservative kanadische Premier und gelernte Banker Mark Joseph Carney, der am 22. Januar 2026 in Davos klar und unmissverständlich sagte, dass unsere regelbasierte internationale Ordnung heute schon nicht mehr in jener Form existiert, in welcher sie jahrzehntelang erfolgreich bestand. Das war ein klarer und weltweit beachteter Angriff auf Trump, der Kanada Trumps Einladung in das Board of Peace kostete.

Die dritte Strategie

Mark Carney stand vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos und sprach aus, was viele Beobachter bereits ahnten: Der kanadische Premierminister wählte bewusst drastische Worte, um das gegenwärtige internationale Geschehen zu beschreiben: „Wir erleben keine Transition, wir erleben einen Bruch.“

Diese Formulierung markiert einen Wendepunkt in der Art, wie Staaten mittlerer Größe ihre Position in Zukunft definieren müssen, um nicht zum Spielball der Großen zu werden. Carneys Worte waren ein Aufruf zum Handeln für alle, die in unserer fragmentierten Welt erfolgreich sein wollen. Die vier Strategien – Realität benennen, variable und belastbare Koalitionen bilden, interne Stärke aufbauen sowie gemeinsam agieren – bieten nach seiner Überzeugung den einzig wirksamen und pragmatischen Friedens-Kompass; insbesondere für die demokratischen Mittelmächte der Welt.

Dieser politischen Erfahrung und Überzeugung sollte sich jede erfahrene Europäerin und jeder erfahrener Europäer anschließen können; also im Kern das ganze Europa.

Wie man heute erkennen kann, ist nämlich die weltweite Stabilität, die sich bis heute nahezu ausschließlich auf Atomwaffen, also auf indifferente großräumige Todesdrohungen, stützt, weder sinnvoll noch politisch gewinnbringend oder langfristig zielführend.

Der wahre Friede kann niemals das Resultat von Angst und Schrecken allein sein.

Irgendwo zwischen Personenkult, Plutokratie und organisiertem Verbrechen: Der Grad und die Zügellosigkeit der Bereicherung einiger weniger unter der Trump-Administration ist einmalig in der Geschichte der USA.



Seit nunmehr auch Putin und Donald Trump auf der Weltbühne auftauchten, weiß man, dass solchen obersten Staatenlenkern der Frieden – auch der für das eigene Volk – im Grunde nicht viel bedeutet. Für sie zählt nur die eigene Macht.

Bei Putin erkennt man das in der Ukraine, bei Trump sind es die sprudelnden Ölquellen in Venezuela und die angestrebten Machtbereiche in Kanada, Grönland, im Mittleren Osten und anderswo.

Genau das ist jedoch Anlass genug, die Weltordnung dauerhaft so zu stabilisieren, dass solche verantwortungslosen Polit-Individuen in Zukunft niemals mehr die Chance erhalten können, die gesamte oder auch nur wesentliche Teile der Macht auf sich alleine zu vereinen. Dabei ist es vollkommen egal, ob sie diese Macht kaufen, sich wählen lassen, sie durch Tricks erwerben oder sie anderweitig an sich ziehen.

Die Illusion stabiler Multilateralität hält sich zwar hartnäckig in politischen Kreisen und Unternehmenszentralen. Institutionen wie die WTO oder die UN-Gremien werden formal noch immer als funktionierende Schiedsrichter behandelt, obwohl ihre Wirksamkeit bereits heute massiv eingeschränkt ist oder (in den meisten Fällen sogar) überhaupt nicht mehr gegeben ist.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist ausgerechnet die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die in Wien residiert. Sie war von Beginn an vollkommen unwirksam, denn sie verfügt über kein einziges Durchsetzungsinstrument. Ihre Gutmütigkeit und vor allem ihre Unfähigkeit werden von den Atommächten und denen, die es werden wollen, seit vielen Jahren nur dazu benutzt, um von den obersten Kontrolleuren einen politischen Freifahrt-Schein für die eigene Atomrüstung zu erhalten.

Die „inoffiziellen“ Atomwaffenstaaten, die nicht dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) beigetreten sind, aber über Atomwaffen verfügen oder sie nachdrücklich anstreben, (oft als „De-facto“-Nuklearwaffen-Staaten bezeichnet), sind Indien, Pakistan, Nordkorea, der Iran und Israel:

- Indien führte seinen ersten Atomtest 1974 durch.
- Pakistan führte seine ersten Tests 1998 durch.
- Nordkorea erklärte den Austritt aus dem NPT und führte Tests ab 2006 durch.
- Israel besitzt eine offizielle Politik der nuklearen Zweideutigkeit („Ambiguität“), wird jedoch international als Nuklearwaffenstaat gesehen.

Diese vier Staaten haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet. Die offiziell anerkannten Atomwaffenstaaten, die zwar dem NPT beigetreten sind, sich aber weitgehend nicht an dessen Bestimmungen halten, sind die USA, Russland, Frankreich, China und Großbritannien.



Im Iran hat die IAEO, insbesondere in den letzten Jahren, vollkommen versagt.

Daher ist sie heute im Grunde wertlos. Sie sammelt nur jene Daten, die ihr freiwillig überlassen werden. Über echte Fakten, z.B. über den Stand der Anreicherungs-Technologie im Iran, verfügt sie nicht.

Kanadas Premierminister Mark Carney (re.) kritisierte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2026 offen die Methoden der US-Regierung und wurde daraufhin von Donald Trump (li.) von einer Mitgliedschaft in dessen BoP wieder ausgeladen.

Integration, nicht Unterordnung

Carney sagt dazu: „Man kann nicht weiterhin mit der Lüge des gegenseitigen Nutzens durch Integration leben, wenn Integration zur Unterordnung wird.“ Für Unternehmen, die globale Lieferketten managen oder internationale Partnerschaften pflegen, bedeutet diese Erkenntnis: Abhängigkeiten von einzelnen Großmächten werden zum Risikofaktor für alle anderen Staaten; Beispiele: Ukraine und Venezuela.

Der kanadische Premier forderte als politischen Ausgangspunkt einen „value-based realism“, einen wertbasierten Realismus, der die Welt so betrachtet, wie sie ist, nicht wie man sie sich wünscht. Diese Forderung stammt ursprünglich von Alexander Stubb, dem finnischen Präsidenten, und sie beschreibt einen pragmatischen Ansatz ohne naive Hoffnungen.

Kanada selbst lebt diese politische Kultur heute ganz offen: Das Land hat im letzten Halbjahr zwölf neue Handelsabkommen über vier Kontinente hinweg geschlossen und diversifiziert so systematisch seine wirtschaftlichen Beziehungen. Die Botschaft ist klar: Wer sich auf eine einzige Säule stützt, steht auf wackeligem Grund.

„Wenn wir nicht am Tisch sitzen, stehen wir auf der Speisekarte“, warnte Carney. Dieses Zitat bringt die zentrale Herausforderung für die Mittelmächte auf den Punkt: Einzeln und für sich genommen sind sie Objekte der Politik großer Mächte, doch gemeinsam können sie Subjekte sein, die gemeinsam zu bestimmen vermögen, wohin die Reise zu gehen hat.

Dieses Vorgehen nennt man heute „die dritte globale Strategie“. Sie erfordert gemeinsame und wertgleiche Kooperation statt strategischer Konkurrenz; vor allem unter den Mittelmächten. Sie überwindet damit die bisherigen politischen Strategien der Konfrontation und auch die „Leithammel-Strategie“ der USA und insbesondere das Abhängigkeits-Prinzip der NATO.

Es ist höchste Zeit, dass Deutschland von seiner bisher unterwürfigen Haltung gegenüber den USA ablässt und sich endlich aktiv sowie zusammen mit anderen an die Spitze der freiheitlichen Nationen setzt. Mittelmächte haben nun einmal unterschiedliche Interessen, historische Lasten und regionale Prioritäten. Doch heute wächst die Erkenntnis, dass kollektives Handeln mehr Gewicht hat, als isolierte Positionierung. Die Macht von Legitimität, von Integrität und von fairen Regeln kann nur kollektiv gegen Superpower-Zwang mobilisiert werden – und das nützt letztendlich allen Menschen am meisten.

Konkrete Beispiele zeigen, wie das funktioniert: Mehrere Mittelmächte arbeiten gemeinsam an UN-Reformen, um ihre Stimme zu stärken. Minilaterale Formate – kleine, flexible Gruppen von Staaten – gewinnen an Bedeutung gegenüber schwerfälligen multilateralen Institutionen. Argentinien, Dänemark, Kanada, Nigeria, Singapur und Thailand gehören zu den aufstrebenden „Middle Powers“, die ihre diplomatischen Netzwerke systematisch ausbauen. Für Unternehmen bedeutet diese Entwicklung: Regionale Allianzen und Branchenkonsortien werden wichtiger als bilaterale Deals mit Großkonzernen oder als die Konzentration auf einzelne Märkte.

Schon von außen (Foto aus 2020) vermittelt dieses Labor im österreichischen Seibersdorf den Eindruck, dass es sich bei der IAEA um eine eher unterfinanzierte Organisation ohne nennenswerte Unterstützung handeln muss.



Die Logik dahinter ist klar: Ein einzelnes mittelgroßes Land kann von den USA, Russland oder China unter Druck gesetzt werden. Mehrere Mittelmächte jedoch, die gemeinsam auftreten und sich militärisch vereinen, schaffen ein Gegengewicht. Diese Dynamik verändert bereits jetzt Verhandlungen in Handelsfragen, in der Klimapolitik und vor allem in Bezug auf ihre Sicherheit.

Die vierte Strategie richtet den Blick nach innen: Eine starke heimische Wirtschaft ist die Basis für unabhängige Außenpolitik. Carney betont Kanadas Stärken – Energie, kritische Rohstoffe, qualifizierte Bevölkerung, Kapital und Werte. Diese Assets sind nicht zufällig aufgelistet. Sie repräsentieren Bereiche, in denen Kanada wenig verwundbar ist und anderen etwas anzubieten hat.

Diversifikation und Kooperation sind folglich die Schlüsselworte. Kanada hat in kurzer Zeit seine Handelsbeziehungen massiv erweitert: Zwölf neue Abkommen in sechs Monaten über vier Kontinente geschlossen. Diese Strategie reduziert die Abhängigkeit von einzelnen Märkten und erhöht die Verhandlungsmacht. Wenn ein Partner Druck ausübt, gibt es Alternativen. Das Prinzip gilt für Staaten wie für Unternehmen: Wer nur einen Großkunden hat, ist erpressbar. Wer hingegen breit aufgestellt ist, kann selbstbewusst verhandeln.

Durch faire Kooperation werden daher auch die „Kleinen“ groß. Und das hat zudem den Vorteil, dass die Partner der „Kleinen“ nicht befürchten müssen, von diesen erdrückt zu werden.

Die Machtpolitik der USA „gegen jedermann“ führt nämlich letztlich zu einer Eigenschaden verursachenden Selbstbekämpfung. Die Klugheit der Mittelmächte besteht daher aus einer fairen und umfassenden Kooperation. Im Ergebnis ist sie wesentlich besser, als das „Brüllen der Giganten“.

Kritische Rohstoffe und Energiesicherheit stehen im Fokus vieler Mittelmächte. Die Kontrolle über seltene Erden, Lithium oder Energiequellen verschafft Verhandlungsmacht in einer Welt, die auf diese Ressourcen angewiesen ist. Kanada, Australien und Brasilien nutzen diese Position aktiv. Lieferketten werden nicht nur aus Effizienzgründen umgebaut, sondern auch aus strategisch-politischen Überlegungen. Resilienz kostet kurzfristig mehr, zahlt sich aber langfristig aus.



So wie sich die EU gegen die Bedrohungen durch ausländische Manipulation von Informationen und Einmischung in Informationsströme zusammenschließt, sollte sie auch geschlossen gegen Mobbing von Seiten der Großmächte antreten.

Die interne Stärke umfasst auch politische Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mittelmächte, die innenpolitisch zerrissen sind, können außenpolitisch nicht glaubwürdig agieren. Carney spricht von Werten – nicht als moralische Überlegenheit, sondern als Kohäsionsfaktor. Eine Gesellschaft, die hinter ihrer Regierung steht, kann auch international konsistent auftreten. Für Unternehmen heißt das: Organisationskultur und internes Alignment sind Voraussetzungen für externe Expansion und für langfristigen Erfolg.

Oder kurz: Kooperation und Freundschaft statt unfaire Konkurrenz oder gar Gegnerschaft. Der kanadische Premier hat sich mit seiner Ansprache in Davos um das Wohl und den Frieden in der Welt in hohem Maße verdient gemacht.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Anzeige

**DIE GANZE
WELT DER
SICHERHEIT
AN EINEM ORT**

**22.–25. SEPT
2026**

**EURO
DEFENCE
EXPO**
Die internationale Fachmesse
der Verteidigungsindustrie

189
189
189
189

**JETZT
AUSSTELLER
WERDEN.**

**TAGE BIS ZUR
EURO DEFENCE EXPO**

Ticketshop online: eurodefenceexpo.de

Aus dem „U-Boot“ dringt nichts nach draußen

Das „U-Boot“ im Berliner Bendlerblock ist ein ganz besonderer Ort. Dort finden nationale und internationale Konferenzen zu sensiblen Themen statt sowie auch Kabinettsitzungen der Bundes- oder Landesregierungen. Die Geschichte des abhörgeschützten Tagungsraums im Verteidigungsministerium reicht bis in die Zeit des Kalten Krieges zurück.

Der abhörgeschützte Tagungsraum heißt „U-Boot“, weil seine Inbetriebnahme Töne verursacht, die an die Geräuschkulisse an Bord eines Unterseebootes erinnern.

Der gesicherte Konferenzraum im Berliner Bendlerblock ist gerade in Krisenzeiten extrem gefragt. Nicht nur die Leitung des Verteidigungsressorts führt im „U-Boot“ besonders sensible Besprechungen durch. Die Auslastung ist konstant hoch. Konferenzen auf nationaler und internationaler Ebene zu wichtigen Themen mit Geheimhaltungsstufe finden regelmäßig statt. Auch die gesicherte Kommunikation per Videochat ist möglich.

Kabinettsitzungen von Bund und Ländern

Während der Corona-Pandemie fanden dort auch Treffen anderer Ministerien der Bundesregierung statt – sofern der im BMVg stark frequentierte Konferenzraum überhaupt verfügbar war.

Am 27. August 2025 tagte im Berliner Bendlerblock nach fast 20 Jahren wieder das Bundeskabinett unter Bundeskanzler Friedrich Merz. Davor war dort Ende 2006 das Kabinett der damaligen Regierungschefin Angela Merkel zusammengekommen. Neben der Bundesebene traten im „U-Boot“ auch Länderkabinette zusammen, so beispielsweise am 17. März 2026 der Berliner Senat.

Pendant auf der Bonner Hardthöhe

Das Pendant zum „U-Boot“ im Bendlerblock befindet sich auf der Bonner Hardthöhe, dem anderen Dienstsitz des Bundesministeriums der Verteidigung. Vor dem Umzug großer Teile der Bundesregierung Ende der 1990-er-Jahre nach Berlin war der abhörgeschützte Konferenzraum in der alten Bundeshauptstadt ebenfalls ein regelmäßig genutzter Ort für Sitzungen des Bundeskabinetts.

In Bonn war dieser Tagungsort einst 1966 fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben worden. Für die Planung und Umsetzung war das Lagezentrum Bundeswehr verantwortlich, das zuvor anlässlich der Kuba-Krise aufgestellt worden war.



Schutz vor Spionage im Kalten Krieg

In den folgenden Jahrzehnten standen die Beratungen zu verschiedenen Konflikten und Krisen in dem abhörgeschützten Konferenzraum des Verteidigungsministeriums im Mittelpunkt. So etwa in den 1960er-Jahren der Vietnamkrieg oder während des Kalten Krieges die Krise in der damaligen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR). Auch die Reaktionen der Warschauer Pakt-Staaten auf den NATO-Doppelbeschluss, den der frühere Verteidigungsminister und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt initiiert hatte, wurden im „U-Boot“ abhörgeschützt analysiert und diskutiert.

Nach der Auflösung des Warschauer Pakts fanden Krisensitzungen und Konferenzen zu weiteren sicherheitsrelevanten Ereignissen statt, beispielsweise während des Irak-Krieges, der Operation Desert Storm, oder des Konflikts im Kosovo. Nach der Wiedervereinigung wurde 1990 im Besprechungsraum das Lagezentrum Deutsche Einheit eingerichtet, von dem aus die ersten Schritte zur Bestandsaufnahme und Integration der Nationalen Volksarmee (NVA) zur Armee der Einheit eingeleitet wurden.

Von damals bis heute – das „U-Boot“ im BMVg hat nichts von seiner hohen Bedeutung für die Sicherheit eingebüßt.



Hinter dieser Tür verbirgt sich der abhörgeschützte Tagungsraum „U-Boot“ im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin. Er ist das Pendant zu einem anderen abhörsicheren Raum auf der Bonner Hardthöhe.

© BMVg/Steve Eibe

Text: Ursula Matthes und Jörg Fleischer

NATO-Übung Warfighter 26

10. Panzerdivision trainiert Führung im Ernstfall

Lagekarten, Funkmeldungen und Entscheidungen im Minutentakt: In Grafenwöhr läuft Warfighter 26. Rund 1.300 deutsche Soldatinnen und Soldaten trainieren mit NATO-Partnern die Führung großer Verbände im Gefecht. Für die 10. Panzerdivision ist die Übung der Abschluss einer Ausbildungsserie und der Schritt zur Zertifizierung als „Warfighting Division“.

Die Übungsserie gehört zu den wichtigsten Stabsübungen der US-Streitkräfte. Gefechtsstände werden dabei auf Divisions- und Korpssebene unter realistischen Bedingungen geführt und ihre Entscheidungen koordiniert. In Grafenwöhr trainieren deutsche Soldatinnen und Soldaten deshalb nicht allein, sondern eingebunden in ein multinationales Szenario unter Führung des V. US-amerikanischen Korps. Neben der 10. Panzerdivision nehmen zwei US-Divisionen, eine polnische und eine neu aufgestellte litauische Division teil. Für die deutsche Division ist Warfighter 26 der Schlusspunkt einer dreijährigen Entwicklung, bei der sie ihre Abläufe geschärft und ihre Rolle für die Landes- und Bündnisverteidigung weiter ausgebaut hat.

Das Szenario ist ernst und bewusst nah an einem möglichen Bündnisfall angelegt: Russland greift Polen und das Baltikum an. NATO-Kräfte verteidigen zunächst das Bündnisgebiet. Danach setzt das Korps zum Gegenangriff an, um die territoriale Integrität der Verbündeten wiederherzustellen. Für die Stäbe bedeutet das keine abstrakte Planspielroutine, sondern Taktung unter Druck. Meldungen laufen ein, Lagen ändern sich, Entscheidungen müssen schnell vorbereitet und noch schneller abgestimmt werden. Gerade darin liegt der Wert der Übung. Sie zwingt die Beteiligten dazu, Führung nicht nur zu denken, sondern unter Belastung durchzuhalten.

Computergestützte Simulation

Ein Großteil des Szenarios läuft als computergestützte Simulation. In Gefechtsständen, Stabsräumen und Hallen werden Operationen geplant und geführt, so wie es auch im Ernstfall notwendig wäre. Rund 1.300 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nehmen an der Übung teil. Die 10. Panzerdivision besetzt ihre Gefechtsstände mit rund 400 Kräften. Dort werden Aufklärung, Bewegungen, logistische Abläufe und Unterstützungsleistungen zusammengeführt. Die Übung zeigt damit klar, wie stark moderne Gefechtsführung von belastbaren Prozessen, funktionierenden Netzwerken und sauber abgestimmter Stabsarbeit abhängt.

Ein Führungsfahrzeug der 10. Panzerdivision fährt in den Übungsbereich in Grafenwöhr. Soldatinnen und Soldaten üben den Auf- und Abbau von Gefechtsständen und deren Betrieb in Zusammenarbeit im multinationalen NATO-Verband.



Warfighter erfolgt nicht nur am Rechner. Auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr trainiert die Division auch das „Springen“ ihres Forward Command Post. Dieser vorgeschobene Gefechtsstand wird abgebaut, verlegt, an einem neuen Ort wieder aufgebaut und muss in kurzer Zeit erneut arbeitsfähig sein. Genau diese Mischung aus Simulation und realem Handeln macht den Wert der Übung aus. Führung muss nicht nur auf dem Papier funktionieren. Sie muss auch dann tragen, wenn Verbindungen neu aufgebaut werden, Zuständigkeiten unter Zeitdruck greifen und ein Gefechtsstand innerhalb kürzester Zeit wieder einsatzbereit sein muss.

Bündnispartner im Divisionsstab

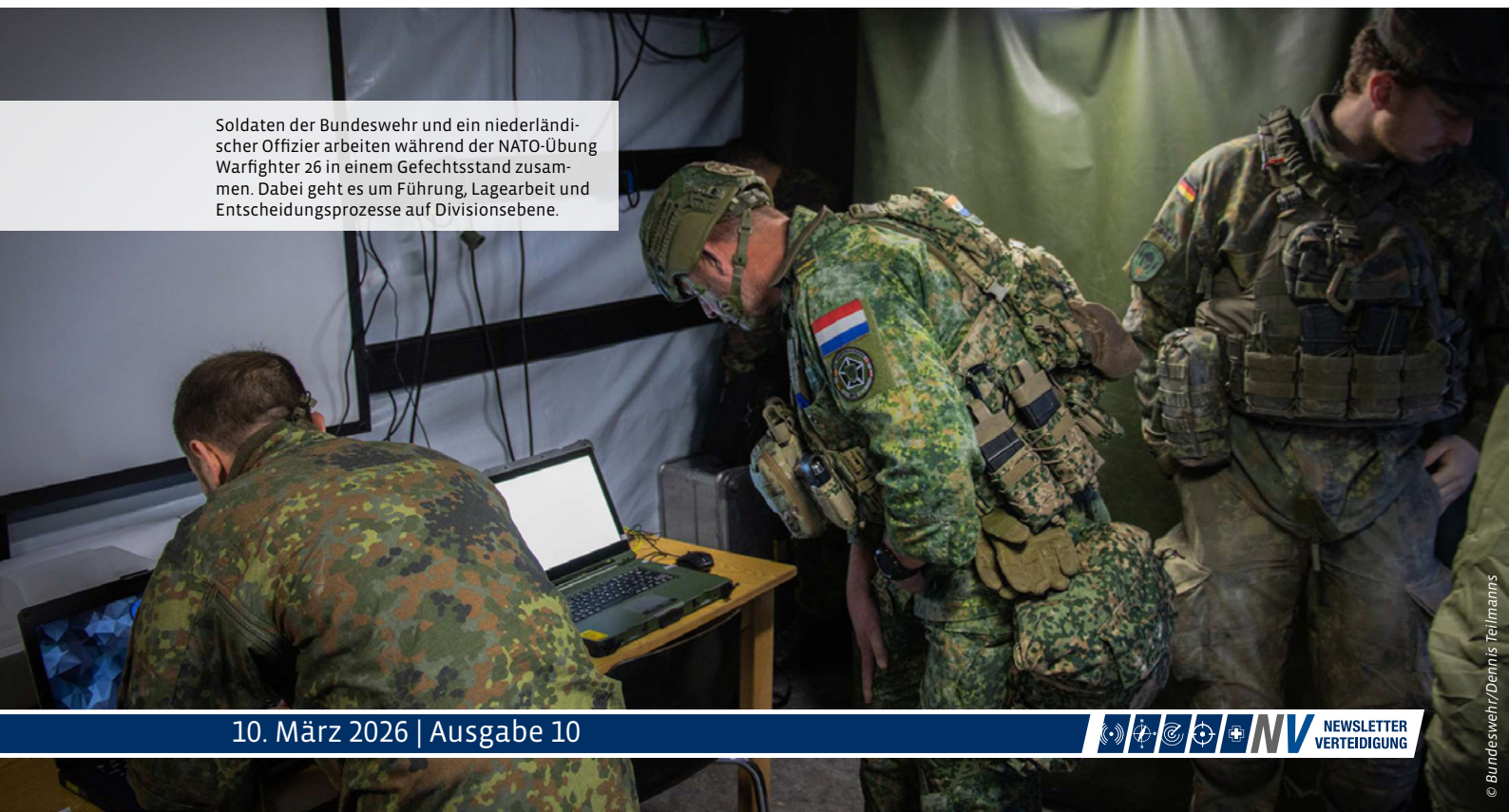
Wie eng die Zusammenarbeit im Bündnis inzwischen geworden ist, zeigt sich im Alltag der Stäbe. Offiziere aus verschiedenen Ländern arbeiten dort selbstverständlich mit. Einer von ihnen ist ein litauischer Offizier, der die 10. Panzerdivision seit Jahren begleitet und seine Kenntnisse in die Planung einbringt. Gerade für den baltischen Raum ist das ein spürbarer Mehrwert. Seine Rolle ist wichtig: „Es war sinnvoll, an der Übungsplanung unter Teilnahme der litauischen Brigade Eiserner Wolf beteiligt zu sein“, sagt er, auch weil er die Ortskenntnis habe und „das litauische Verteidigungssystem und dessen Planung“ kenne. Damit wird aus multinationaler Zusammenarbeit etwas sehr Praktisches: besseres Verständnis, kürzere Abstimmung und ein Lagebild nah an der Realität.

Für den litauischen Offizier selbst ist Warfighter 26 zugleich eine besondere Erfahrung. Die Arbeit auf höherer Führungsebene, die Fülle an Informationen und das hohe Tempo im Gefechtsstand fordern ihn ebenso wie die anderen Beteiligten. „Das war Neuland für mich – allein die immense Menge an zu verarbeitenden Daten und die Komplexität der Vorgänge“, bilanziert er. Genau darin liegt eine der Stärken der Übung. Sie macht deutlich, wie anspruchsvoll Führung auf Divisionsebene tatsächlich ist und wie wichtig gemeinsames Verständnis im multinationalen Rahmen geworden ist.

Für die 10. Panzerdivision ist die Übung deshalb mehr als ein weiterer Durchgang. Der Großverband durchlief die Übung bereits 2024 und 2025, nun folgt der Abschluss mit der angestrebten Zertifizierung als Warfighting Division. Das Ziel ist klar formuliert: Die Division will zeigen, dass sie schnell verlegbar, professionell und gemeinsam mit ihren Partnern stark ist. Oder, wie es in der Videobotschaft heißt: „Stronger together“. Warfighter 26 sendet damit auch ein Signal über Grafenwöhr hinaus. Die 10. Panzerdivision will nachweisen, dass sie ihren Auftrag an der NATO-Ostflanke erfüllen kann und das V. US-amerikanischen Korps wird das bestätigen.

Text: PIZ Heer

Soldaten der Bundeswehr und ein niederländischer Offizier arbeiten während der NATO-Übung Warfighter 26 in einem Gefechtsstand zusammen. Dabei geht es um Führung, Lagearbeit und Entscheidungsprozesse auf Divisionsebene.



Verteidigung im Hohen Norden

Kanzler und Verteidigungsminister besuchen das Heer in Nordnorwegen

Kälte, Schnee und weite Entfernungen prägen den Übungsraum nördlich des Polarkreises. Bundeskanzler Friedrich Merz und Verteidigungsminister Boris Pistorius haben hier am 13. März die NATO-Übung Cold Response 2026 besucht. Vor Ort machten sie sich ein Bild davon, wie Soldatinnen und Soldaten unter arktischen Bedingungen für die Landes- und Bündnisverteidigung üben.

Norwegen ist Gastgeber der Übungsreihe und richtet Cold Response regelmäßig im Norden des Landes aus. 2026 üben in und um Bardufoss Tausende Soldatinnen und Soldaten aus mehreren Nationen gemeinsam.

„Auch an dieser Stelle verteidigt die Bundeswehr Deutschland“, sagte Merz am Rande der Übung. Der Kanzler betonte, dass Kommandeure und Partner die deutschen Soldatinnen und Soldaten für ihren Ausbildungsstand ausdrücklich lobten. Er dankte den an Cold Response 2026 beteiligten Kräften: „Gut, dass Sie dabei sind. Kommen Sie heil und gesund nach Hause.“

Die Arktis gewinnt sicherheitspolitisch an Bedeutung. Der Hohe Norden ist ein Zugang zum Nordatlantik und damit wichtig für Transport- und Kommunikationsverbindungen zwischen Nordamerika und Europa. Gleichzeitig nimmt der strategische Wettbewerb in der Region zu. Für die NATO heißt das: Präsenz zeigen, Abläufe festigen und Handlungsfähigkeit sichern – gerade unter extremen Bedingungen.

Bundeskanzler Friedrich Merz und Verteidigungsminister Boris Pistorius lassen sich am Rande des Übungsgeländes bei Bardufoss den Ablauf der Übung Cold Response 2026 erläutern.



Geübt werden Transport, Versorgung und Führung

Cold Response 2026 ist zudem Teil der NATO-Aktivität Arctic Sentry. Unter diesem Rahmen bündelt die NATO Maßnahmen erhöhter Wachsamkeit im Hohen Norden. Ziel ist es, Abschreckung und Verteidigung zu stärken – und zwar in allen Dimensionen. Die Übung liefert dazu den praktischen Anteil: Kräfte verlegen in den Raum, üben Verfahren und prüfen ihre Durchhaltefähigkeit in einem Klima, das keine Routine erlaubt.

Die Bundeswehr beteiligt sich mit Kräften des Heeres und der Luftwaffe. Im Mittelpunkt stehen Einheiten der Gebirgsjägerbrigade 23, des Transporthubschrauberregiments 30 sowie die Fernspähkompanie 1. Geübt wird das Zusammenspiel, das im Winter besonders zählt: sichere Bewegung im Gelände, luftbewegliche Verlegung, Versorgung und Führung bei Kälte und eingeschränkter Sicht.

Deutsche Gebirgsjäger bewegen sich im Schneetarn durch den Übungsraum bei Bardufoss. Bei Cold Response 2026 trainieren sie Bewegung, Orientierung und Einsatzbereitschaft unter arktischen Bedingungen.



Norwegische Soldatinnen und Soldaten mit ihren Kampfpanzern Leopard 2 sind an der Übung bei Bardufoss beteiligt. Die Ausbildung unter winterlichen Bedingungen trägt zur Handlungssicherheit aller Beteiligten bei und verbessert ihre Fähigkeiten.

Der gemeinsame Besuch von Kanzler und Verteidigungsminister unterstreicht die politische Bedeutung der Übung. Cold Response 2026 steht für gelebte Bündnissolidarität und für den Anspruch, Landes- und Bündnisverteidigung unter realistischen Bedingungen zu üben, auch im Hohen Norden.

Text: PIZ Heer

Mörser der nächsten Generation beim „Nordic Mortar Day“

Rheinmetall Nordic, eine Tochterfirma von Rheinmetall, lud kürzlich hochrangige Vertreter von Streitkräften, Behörden und Industriepartnern aus Norwegen, Schweden, Finnland, den Niederlanden und Deutschland zum Nordic Mortar Day ein. Im norwegischen Rena präsentierte das Unternehmen im Rahmen einer Live-Demonstration die neueste Generation leistungsfähiger Mörser-systeme. Im Mittelpunkt standen das 120-mm-Mörser-system Ragnarok und das neu entwickelte Mortar Mission Module, eine europäische, skalierbare Lösung, die durch Schnelligkeit, Präzision, Zuverlässigkeit und Preisgünstigkeit entscheidende Effekte auf dem Gefechtsfeld erzielen soll.

In Rena herrschten widrige Wetterbedingungen mit Minusgraden im zweistelligen Bereich und hoher Luftfeuchtigkeit. Während der Vorführung zeigte das auf einen HX-LKW integrierte Mortar Mission Module seine hohe Zielgenauigkeit und schnelle Reaktionsfähigkeit. Das auf Geschwindigkeit und Einfachheit ausgelegte System lässt sich nahtlos in bestehende und zukünftige Plattformen integrieren und ermöglicht es den europäischen Streitkräften, ihre Fähigkeiten einfach und ohne hohen logistischen Aufwand zu verbessern.

Die Demonstration unterstrich die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit für die Stärkung der kollektiven Verteidigung. Angesichts des zunehmenden geopolitischen Drucks und der steigenden Nachfrage nach robusten Fähigkeiten auf dem Gefechtsfeld betonte Rheinmetall Nordic die Dringlichkeit, effektive, benutzerorientierte Systeme zu liefern, die es den Nationen ermöglichen, schnell und entschlossen zu handeln.

„Das heutige Sicherheitsumfeld erfordert, dass wir zielgerichtet handeln“, so Morten Kjorum, CEO von Rheinmetall Nordic. „Die strategische Autonomie Europas hängt davon ab, dass Lösungen bereitgestellt werden, die die operative Wirkung maximieren und gleichzeitig praktisch, kostengünstig und schnell einsetzbar sind. Das Mortar Mission Module ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen Rheinmetall und europäischen Industriepartnern und Anwendern, die auf Transparenz, gemeinsamen Zielen und technologischer Exzellenz basiert.“

„Gemeinsam sind wir stärker“, fügte Kjorum hinzu. „Unser Ziel ist klar: Wir wollen Systeme liefern, die den Einsatzerfordernissen der europäischen Soldaten entsprechen, und zwar in der Geschwindigkeit, die die gegenwärtige Lage erfordert.“

Mit seiner skalierbaren Produktionspräsenz weltweit ist Rheinmetall bereit, die wachsende Nachfrage nach fortschrittlichen Steilfeuer-Fähigkeiten zu befriedigen und gleichzeitig eine widerstandsfähige, souveräne Lieferkette zu gewährleisten.

Text: Rheinmetall; DK



Roundup: AM Applications in European Forces

Additive manufacturing use status and future steps ahead

By Stefan Ritt

The integration of Additive Manufacturing (AM), colloquially known as 3D printing has shifted from a tactical novelty to a strategic imperative for European armed forces. By moving production to the point of need, militaries are bypassing vulnerable supply chains, maintaining older equipment, and rapidly iterating new battlefield technologies.

Here is a detailed breakdown of how 3D printing across plastics, metals, ceramics, and concrete reshaping defense technology across the European continent is as of early 2026.

Expanding Capabilities: Materials in Military AM

To understand the scope of military AM, we must look at the four primary material categories being deployed:

- **Plastics/Polymers:** The most widely used material at the tactical edge. Used for FPV drone frames, customized grips, antenna mounts, and non-load-bearing vehicle modifications. It requires low energy and works well in austere environments.
- **Metals:** Utilizing Powder Bed Fusion (PBF) and Directed Energy Deposition (DED), militaries are printing aluminum, titanium, and specialized steel alloys. This is critical for high-stress applications like engine parts, armor plating mounts, and naval replacement valves.
- **Ceramics:** Primarily researched for advanced ballistic armor (like custom-fitted boron carbide plates) and high-temperature aerospace applications, such as exhaust nozzles for missiles and jet engines.
- **Concrete:** Large-scale robotic extruders are used in combat engineering to print blast walls (T-walls), bunker reinforcements, and even for rapid runway repair.

Soon to become the norm: Airdrop of a 3D Printing System from a British Royal Air Force A400M.



Status and Use Cases across European Nations

Because the European Defence Agency (EDA) and NATO are actively pushing for standardized digital libraries, 3D printing adoption is a continent-wide effort. Here is the current landscape across all European regions in brief:

Western Europe

- **United Kingdom:** The Royal Engineers are heavily invested in concrete AM for rapid infrastructure. Meanwhile, the UK MoD is leading reverse-engineering efforts, utilizing companies like Babcock and QinetiQ to scan and print legacy armored vehicle parts.
- **France:** Naval Group and the French Armed Forces are pioneers in metal AM for naval use, printing proprietary propellers and complex drone chassis. France is also a hub for material science, recently hosting the ICAMM materials conference.
- **Germany:** The Bundeswehr utilized mobile, containerized 3D printing labs in Mali and Lithuania. Currently, major metal AM defense trials are happening domestically, focusing on scalable metal AM for next-gen propulsion and UAVs.
- **The Benelux (Belgium, Netherlands, Luxembourg):** The Netherlands and Belgium were the founding hosts of the EDA's AM Village exercises. Luxembourg leverages its satellite communications sector to secure the cloud-based data transfers of 3D CAD files to the frontline.
- **Ireland:** Focuses primarily on polymer AM for obsolescence management of its legacy transport fleets and infantry training aids.

Northern Europe

- **Sweden:** The Swedish Defense Materiel Administration (FMV) alongside Saab and BAE Systems Hägglunds recently unveiled their „Microfactory“ (avancerad tillverkningsmodul) at the Winter Demo Days 2026. Housed in four standard shipping containers, this mobile factory takes an order, prints the spare part, and finishes it with CNC milling right at the front line.
- **Norway, Finland, and Denmark:** These nations are heavily focused on how extreme cold affects polymer curing and metal cooling rates. Denmark is actively integrating metal AM into its frigate maintenance programs.
- **Iceland:** With no standing army, Iceland contributes to NATO's AM ecosystem by monitoring and securing the digital supply chain infrastructure traversing the North Atlantic.



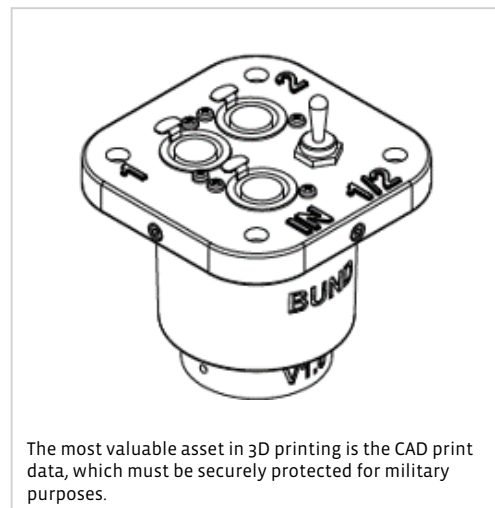
The Norwegian provider Fieldmade offers the so called NOMAD system, consisting of various 3D printers housed in standard shipping containers, which are operational within 30 minutes after arriving at the site.

Eastern & Central Europe

- Poland: The 10th Logistic Brigade and the Military University of Land Forces are central to Poland's AM strategy, actively researching logistics support and participating heavily in international exercises to keep their mixed fleet of Western and Soviet-era armor running.
- The Baltics (Estonia, Latvia, Lithuania): Heavily focused on autonomous systems. Estonia leads in utilizing localized 3D printing to churn out small, modular Unmanned Ground Vehicles (UGVs) and drone swarms.
- Czechia, Slovakia, Hungary, Romania and Bulgaria: These countries are using AM primarily for „obsolescence management“– reverse-engineering and printing spare parts for legacy Soviet-era equipment (like BMPs and older artillery) where original manufacturers no longer exist or are sanctioned.
- Austria & Switzerland: Austria's Theresian Military Academy heavily incorporates AM logistics into its officer training. Switzerland uses high-precision metal AM for aerospace modifications and small arms prototyping.

Southern Europe & The Balkans

- Spain and Italy: Spain is leading the EDA's AM initiatives this year (see training events below). Italy's Marina Militare is a leader in shipboard metal AM, printing structural replacements while at sea.
- Portugal: Actively creating regulatory sand-boxes (like the Santa Margarida base) to test the integration of AM with autonomous systems.
- Greece, Cyprus and Malta: Utilizing desktop and mid-range industrial printers to maintain naval readiness and border patrol drones.
- Western Balkans (Serbia, Croatia, Slovenia, etc.): Utilizing localized plastic AM for rapid prototyping of soldier systems and drone modifications.
- European Microstates (Andorra, Monaco, San Marino, Liechtenstein, Vatican City): While lacking dedicated defense AM programs, these states rely on the AM-augmented border patrol and security drone fleets of their defense guarantors (France, Italy, Switzerland).



Deep Dive: Frontline 3D Printing in Ukraine

The Russo-Ukrainian War has forced AM out of the laboratory and into the trenches. Ukraine's Ministry of Defense has digitized its logistics through a secure platform called the „Component Library,“ integrated with the Diia digital state system.

- The Component Library: This secure database grants roughly 200 verified defense manufacturers access to over 170 domestically produced components. If a unit needs a specific part, the platform connects them to 11 different manufacturing services, predominantly CNC machining and 3D printing.
- Drone Production: Frontline units operate networked 3D printer farms in bunkers to rapidly iterate FPV (First-Person View) drone frames, battery packs, specialized antennas, and flight controller housings based on real-time feedback regarding Russian electronic warfare (EW) tactics.
- Foreign Collaboration: In a recent proof-of-concept contract, the UK MoD enlisted Babcock and QinetiQ to support Ukraine by setting up localized 3D printing for armored vehicles. They are actively reverse-engineering parts for UK-donated Challenger 2 Main Battle Tanks, so Ukrainian mechanics can print and replace broken parts without waiting for shipments from Britain.

Deep Dive: Metal AM on European Naval Vessels

European navies are tackling the „trust gap“ and strict qualification standards required for maritime operations. A warship at sea is essentially an island; if a pump housing cracks, the ship's mission is jeopardized.

- **Technology:** Navies are installing hybrid DED and PBF metal printers on frigates and aircraft carriers. These machines are heavily modified with advanced gimbals and atmospheric controls to compensate for the pitch, roll, and extreme humidity of the ocean.
- **Use Cases:** French and Italian trials have successfully printed and installed obsolete valves, custom pipe fittings, and sensor brackets.
- **Right to Repair:** A major legal and operational push is happening across European defense to force prime contractors to provide CAD files rather than physical spare parts, enabling ships to legally print their own classified replacements at sea.



3D-printed hose-to-nozzle connector for the Eurofighter. The printed material is suitable for use with the relevant fluids (Antero material).

Cooperations and upcoming 2026 Training Events

The EDA and NATO are working aggressively to unify these disparate national projects to ensure interoperability (e.g., a German tank in Poland should be able to use a 3D printed Polish part). Key events happening right now and later in 2026 include:

1. **AM Village 2026** (March 2026 – Albacete Air Base, Spain): Hosted by the EDA and the Spanish Air Force, this is the premier operational training event for military AM in Europe. It brings together units from ten EU states, the US, Norway, and Ukraine to identify real-world military use cases for deployable 3D printing.
2. **Military Robotics & Autonomous Systems (MRAS) 2026** (April 13-15, 2026 – London, UK): While focused on robotics, a major theme this year is utilizing 3D printers to rapidly scale drone production and create autonomous breaching vehicles.
3. **OPEX 2026** (October 2026 – Santa Margarida, Portugal): The EDA's Operational Experimentation Campaign will test the cross-domain logistics of AM, specifically how printed loitering munitions and autonomous resupply systems function in realistic combat environments.

Anzeige

THERE'S NO BUSINESS
MORTAR
 LIKE BUSINESS



STUBE 318
 PUBLIC RELATIONS SERVICES

Presenting: Your business

www.stube318.de

Outlook: What are the next Steps?

The technological hardware for military AM largely exists today; the hurdles of the late 2020s are bureaucratic and digital.

- Standardization (STANAGs): NATO is working to finalize standards so that a part printed in Spain meets the exact same metallurgical tolerances as one printed in Sweden.
- Cybersecurity: Federated digital parts libraries (like NATO's RAPID-e system) must be heavily encrypted. If an adversary hacks a CAD file and slightly alters the internal geometry of a printed artillery component, it could cause catastrophic failure upon firing.
- Sovereign Feedstocks: Europe is investing in its own proprietary metal powders and filaments to reduce reliance on external supply chains, ensuring true strategic autonomy



Some 3D-printed parts used by the German Armed Forces have been in service for years.

About the author: Dipl. Ing. Stefan Ritt has been working internationally in the 3D printing and AM industries for 30 years as an engineer and consultant. After many years of working as a head of prototype departments in medium-sized mechanical engineering companies, as a sales and marketing manager in internationally operating DAX-listed companies, and as managing director of the EMEA office of an Australian defense company, he now works as a freelance consultant for international industrial clients. He has also taught supply chain management and 3D printing in the economy department at Lübeck Technical University of Applied Sciences for several years and is involved in various international 3D printing associations and 3D printing-related working groups within the EU.



IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichtet – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

